

CHARTA VON HENDAYE

Gemeinsame Erklärung vom 23. Januar 2010

Wir, Bürgerinnen und Bürger, Vereinigungen und Bewegungen verschiedener Staaten (Italien, Frankreich, Spanien), die gegen die geplanten neuen Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken und Strecken mit hoher Kapazität für den erleichterten Güterverkehr kämpfen,

stellen gemeinsam fest, dass:

- diese Projekte für die Gebiete, durch die die Strecken verlaufen sollen, eine ökologische, sozioökonomische und menschliche Katastrophe bedeuten: Zerstörung von Naturräumen und landwirtschaftlich genutzten Flächen, Beeinträchtigung und Zerstörung der Umwelt mit negativen Auswirkungen für die Anwohner entlang weiterer Korridore;
- diese Projekte keine Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse ermöglichen. Wir verurteilen die fehlende Transparenz des Handels der Regierungen und Behörden trotz erheblicher sozialer Einwände sowie die Missachtung der Argumente und Vorschläge der Bürger;
- die offizielle Begründung für den Bau dieser neuen Strecken auf systematischen Fehlannahmen in Bezug auf den Verkehr und die sozioökonomische Rentabilität sowie auf einer Unterschätzung der Realisierungskosten basiert, und dies alles um ein Projekt besser zu „verkaufen“, dessen wahrer Nutzen nicht bewiesen ist; ganz im Gegenteil haben zahlreiche Studien die Irrelevanz dieser Projekte unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten vor Augen geführt (Bericht Essig über die Bretagne, Bericht Bermejo über das südliche Baskenland, Bericht Citec über das nördliche Baskenland, Berichte Brossard 1998 und Ponts et Chaussées [Brücken und Straßen] 2003 für die Region Rhône-Alpes, Cahiers de l'Observatoire Technique de la Lyon-Turin [Hefte der technischen Beobachtungsstelle der Verbindung Lyon-Turin] in Italien – italienische Organisation) sowie die Berichte der Rechnungshöfe Frankreichs und Italiens;
- die Prioritätssetzung für Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken enorme Kosten zu Lasten des Nahverkehrs und des vorrangigen Ausbaus bestehender Eisenbahnnetze verursacht, die weder gewartet noch optimiert werden, obgleich auf diese Weise Güterverkehrswege zur Versorgung der Regionen und ein allen zugänglicher öffentlicher Personenverkehr entwickelt werden könnten;
- der Bau von Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken Teil des fortwährenden Strebens nach großen Infrastrukturanlagen (Autobahnen, Flughafenausbau, Super-Häfen usw.) ist und dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung entgegensteht. Wir protestieren gegen den abwegigen Verkehrsausbau durch den globalisierten Kapitalismus, der keine gleichmäßige lokale Entwicklung ermöglicht, sondern eine anormale Konzentration des Verkehrs und die unkontrollierte Standortverlagerung begünstigt.

Gemeinsam fordern wir

- **die Europäische Kommission und das Europäische Parlament** als treibende Kräfte der EU-Verkehrspolitik für mittlere und große Entfernungen dazu auf, den Sinn und die Notwendigkeit dieser umfangreichen Infrastrukturvorhaben (Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken, Autobahnen, Ausbau von Flughäfen, Super-Häfen usw.) zu überdenken und die europäische Verkehrsstrategie (transeuropäisches Verkehrsnetz - TEN-V) tiefgreifend zu überarbeiten;
- **die Regierungen Frankreichs, Italiens und Spaniens** zum sofortigen Stopp der Arbeiten an den geplanten Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken auf, um so eine wirklich einheitliche öffentliche Debatte auf europäischer Ebene über das Verkehrsmodell, die Raumplanung und unsere Gesellschaft einzuleiten, die dieser ungezügelter Entwicklung der Hochgeschwindigkeitsnetze zugrunde liegt.

Lösungsoptionen sehen wir in:

- der Erneuerung, Wartung und Optimierung der bestehenden Verkehrswege als umweltfreundlichster Alternative, die zudem kostengünstiger ist als der Bau neuer Verbindungswege und womit Artikel 1 des französischen Umweltschutzgesetzes Grenelle vom 3. August 2009 umgesetzt würde (eine Lösung, die auch in dem von Jacques Delors vorgelegten Weißbuch empfohlen wird);
- dem Rückgang des Verkehrsaufkommens im Zusammenhang mit einem tiefgreifenden Umbau des Wirtschafts- und Sozialmodells, indem vor allem der Wohnortnähe und der Wiederansiedlung von Wirtschaftsunternehmen Priorität eingeräumt wird;
- der angesichts eines aufgezwungenen Entwicklungsmodells letztlich erforderlichen Rückübertragung der Entscheidungsbefugnis auf die unmittelbar betroffenen Bevölkerungskreise als Grundlage unverfälschter Demokratie und lokaler Autonomie.